Haushaltsrede 22.11.2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
meine Damen und Herren Gemeinderäte
liebe Bürgerinnen und Bürger

Zunächst Dank und Anerkennung an die Kämmerei für die Darstellung und Transparenz des Haushaltsentwurfes 2018 der im 5. Jahr des doppeljährigen Haushaltes für Klarheit und Wahrheit sorgt.

Ausgehend von den Konzerndaten des Beteiligungsberichtes der Stadt Ludwigsburg 2016 und dem Zwischenbericht III/2017 kann man analysieren wo wir am Ende 2017 stehen könnten. Interessant dabei ist, dass trotz aller negativen Entwicklungen auf dieser Welt, angefangen von unzähligen Kriegen, auch vor unserer Haustüre, verbunden mit hohen Flüchtlingsbewegungen, ja man könnte bereits von Völkerwanderungen sprechen, über die Spannungen mit der Türkei und Russland, bis hin zu den noch unklaren Auswirkungen des Brexit Großbritanniens und der Wahl von US-Präsident Donald Trump und einem schwächelnden Europa, dass trotz alledem die Wirtschaft in der BRD boomt, die Steuereinnahmen sprudeln und alle von Überschüssen reden und die Schuldenbremse offenbar in Reichweite ist. Diese Tatsachen führen dazu, dass im Grundsatz zum Haushalt 2016 und 2017 keiner mehr von einem strukturellen Defizit redet, dies gilt offenbar nicht nur für 2018, sondern auch für die Jahre 2019-2021.

Voraussetzung hierfür ist u. a. dass die Steuereinnahmen aus Gewerbesteuer, Einkommenssteuer und Umsatzsteuer uns erhalten bleiben und die hohen Folgekosten nicht zu einem negativen Ergebnishaushalt führen.

Interessant ist auch, dass die Stadtkämmerei nicht mehr aus der Sicht eines vorsichtigen Kaufmanns, sondern aus der Sicht eines zuversichtlichen Kaufmanns die Planung 2018 erstellt hat und damit bei sogenannten Erwartungswerten ohne Abschläge beinahe vom besten Fall (best case) ausgeht .

Aus unserer Sicht ein gewagtes Spiel, wenn man weiß, dass 80% der Steuereinnahmen konjunkturabhängig sind, mit der Folge, dass z. B. bei einer Gewerbesteuer-Einnahmenminderung von nur 3% ca. 2,6 Mio. in der Kasse fehlen und falls das neue Steuersparpaket einer neuen Regierung i. H. v. 15 Mrd. umgesetzt wird, nochmals weitere ca. 2-3 Mio. Einnahmen verloren sind.

Hinzu kommt die Tatsache, dass bei mehr Geld in der Kasse dieses Geld, wenn auch mit Verzögerung durch den administrativen Prozess, üblicherweise in neue Ausgabenprojekte der öffentlichen Hand fließt.

Im Umkehrschluss heißt dies, dass in Zeiten knapper Kassen dies zu mehr Ausgabendisziplin führt und die Voraussetzungen schafft, weniger Schulden zu verursachen.

Wenn wir überhaupt von einer nachhaltigen und generationsgerechten Finanzpolitik sprechen können, so haben wir dies in erster Linie unseren Ludwigsburger Unternehmen mit den vielen Handwerks- und Familienbetrieben und einer sehr guten Wirtschaftsförderung seitens der Stadtverwaltung und des Gemeinderates zu verdanken.

-2-

Unser Dank gilt aber auch den Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürger die mit hoher Ertragskraft zu diesem Wohlstand beitragen.

Erfreulich ist, dass die Einnahmen 2017 auf 2018 insgesamt von 279 Mio. also beinahe um 20 Mio. gestiegen sind, aber leider die Ausgaben dafür ebenfalls über 15 Mio. angestiegen sind.

Damit werden die Studien des Bundes der Steuerzahler und des ifo-Institutes, eines der führenden Wirtschaftsforschungseinrichtungen Deutschlands bestätigt, dass Mehreinnahmen aus Steuern automatisch zu höheren Ausgaben führen, was für Bund, Land und Kommunen gleichermaßen gilt.

Ein Ergebnis das aus unserer Sicht nicht vertretbar ist.

Eine weitere Tatsache ist, dass bei sprudelnden Geldquellen auch manche Gemeinderäte in Versuchung kommen immer mehr Geld für zu teure Standards und Küraufgaben ausgeben, zumal es ein Leichtes ist fremdes Geld für Fremde auszugeben um dadurch in der Wählergunst zum eigenen Vorteil zu punkten.

Unverständlich ist für uns z. B. der Beschluss für die Stadtkantine, gegen den Vorschlag der Verwaltung, Sanierungskosten von ca. 1 Mio. auf 2 Mio. zu verdoppeln. Unabhängig vom Beschluss heute unter Top 2 hat die Stadtverwaltung auf Seite 250a des Haushaltsentwurfes bereits die Kosten eingetütet. Auch Anträge für gebührenfreie Kita's oder „Ein-Euro-Tickets“ innerhalb des Stadtgebietes sind aus unserer Sicht ebenso wenig angebracht wie die Forderung, in Ludwigsburg nur noch teure Radwege zu bauen.

Was uns weiterhin viel Geld kosten wird, ist die Bildung und Betreuung. Dies gilt trotz weitgehender Sanierung der Schulen und Kita's auch für zukünftige Investitionen zuzüglich des Personals, das zusammen mit Abschreibungen und sonstigen Folgekosten natürlich den Ergebnishaushalt belasten wird.

Dazu stehen wir aufgrund der Tatsache, dass durch hohe Investitionen in Schulen und Kinderfamilienzentren mit dem dazugehörigen Personal Ludwigsburg für Familien und Kindern noch attraktiver geworden ist.

Was wir noch vermissen sind mindestens 2 Stellen für Schulsozialarbeit an den Gymnasien, da durch den enormen Anstieg der Schülerzahlen in den Gymnasien die soziale Betreuung nicht mehr gewährleistet ist.

-3-

Aus der Analyse des Haushaltes 2018 sind folgende positive Aspekte aus unserer Sicht noch wichtig für den Ergebnishaushalt:

- dass die 4 wichtigen Indikatoren des Ludwigsburger Haushaltes eingehalten werden
- der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit 2018 gegenüber 2017 deutlich gestiegen ist, aber bei weitem nicht ausreicht die Investitionsauszahlungen für Baumaßnahmen i. H. v. über 32 Mio. zu finanzieren,
- der Kassenbestand Ende 2018 noch 21 Mio. beträgt aber leider gegenüber dem Vorjahr um 21,2 Mio. abgebaut wurde,
- dass für Straßensanierungen 6,52 Mio. im Jahr 2018, 10,5 Mio. in 2019 und 11,45 Mio. in 2020 geplant sind, aber leider für die dringende Sanierung der Steinheimer Straße in Poppenweiler die erste Planungsrate erst 2021 vorgesehen ist,
- erfreulich ist, dass für 2018 bis 2021 keine Gewerbesteuer- und Grundsteuererhöhungen eingeplant sind,
- die Kreditaufnahme 2018 i. H. v. 4 Mio. noch vertretbar ist.
Kritisch sehen wir hier die Zunahme der Gesamtschulden incl. der Eigenbetriebe bis 2021, die sich bei ca. 85 Mio. im Jahr 2021, mehr als verdoppeln. Ziel sollte es sein, in guten Zeiten eher Rücklagen zu bilden.
- wir stehen auch zu den steigenden Kosten, der Digitalisierung insbesondere zu dem steigenden Etat im IT-Bereich von 1,8 Mio. auf 2,8 Mio.
- auch die deutliche Kostensteigerung für das lebendige Labor (Livinglab) für Projekte wie Mobilität, Smart City Cloud, Parkraummanagement und intelligente Verkehrsleittechnik u. a. tragen wir mit, verbunden mit der Anfrage in welchem Umfang dieser Ressourcenverbrauch sich bis 2022 weiterentwickelt und ob es nur bei reinen Forschungs- und Entwicklungskosten bleibt oder ob eventuell auch Gegenwerte von Seiten der beteiligten Unternehmen zu erwarten sind?
- die Personalkostenentwicklung 2017 bis 2021 von 75,6 Mio. auf 84,8 Mio. ist heftig, aber auch aus unserer Sicht notwendig, da die Anforderung an qualifiziertes Personal immer größer wird und auch auf Grund der demographischen Entwicklung (umgekehrte Alterspyramide) in der Stadtverwaltung Neueinstellungen nicht nur für Bildung und Betreuung notwendig sind. Wir sehen deshalb aufgrund der Stellenplanbeschreibungen lt. Anlage 3 kein Anlass einem Antrag auf eine pauschale Kostenreduzierung oder eine zahlenmäßige Stellenkürzung zu stellen. Insgesamt ist für uns der Ergebnishaushalt aus Sicht eines zuversichtlichen Kaufmannes plausibel und vertretbar.

Was uns Sorge bereitet ist der Finanzhaushalt 2018 i. V. m. der Planung 2019-2021 und damit der negative Finanzierungsmittelüberschuss i. H. v. insgesamt ca. 56-58 Mio. aufgrund der bisher beschlossenen Maßnahmen die bis ins Jahr 2022 reichen und mit einem Sammler ohne Stadtbahn /BRT und Landesgartenschau von ca. 23 Mio. berücksichtigt sind.

-4-

Die Gesamtinvestitionen für Hoch- und Tiefbau sind hochgerechnet incl. Sammlerposten ca. 330 Mio. Da stellen wir uns natürlich die Frage welche Maßnahmen in welchem Zeit- und Finanzierungsplan wirklich umsetzbar und notwendig sind.

Bereits in meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich auf die Ziele der 4 Indikatoren für einen positiven Haushalt hingewiesen, die da sind:

1. Einen Liquiditätsüberschuss um damit Rücklagen zu bilden
2. Einen jährlichen Zahlungsmittelüberschuss in der Höhe zu erzielen, damit die Nettoabschreibungen finanziert werden können
3. Einen positiven Ergebnishaushalt zu erwirtschaften und
4. im Interesse eines generationengerechten Finanzhaushaltes die pro Kopfverschuldung pro Einwohner von 583 € Ende 2017 in den kommenden 4 Jahren nicht zu verdoppeln

Dazu gehört:

- a) eine gute Wirtschaftsförderung auch in der Zukunft mit weiterer Verbesserung der Infrastruktur wie z. B. Straßen und Breitbandversorgung sowie Angebote für Gewerbeflächen wie z. B. die Flächen der Kleingartenanlagen und eine enge Zusammenarbeit mit den Unternehmern in der Weststadt in Verbindung mit der Kooperation „Living LaB“.
- b) eine kluge Wohnbaupolitik in Zusammenarbeit mit privaten und gewerblichen Investoren. Die WBL kann und muss nicht alles alleine machen. Wir wollen deshalb, dass das BayWa-Gelände nun endlich bebaut wird und nicht an der Stellplatzzahl scheitert. In diesem Zusammenhang verweise ich auf unseren gemeinsamen Antrag zusammen mit der CDU und FDP aus 2015 und 2017 mit den Vorlagen 320/15 und 300/17, dass auch der Bebauungsplan Gämsenberg wenn möglich noch im Dezember 2017 im BTU auf den Weg gebracht wird.
Im Zusammenhang mit der Anschlussunterbringung der Flüchtlinge aber auch aufgrund der starken Nachfrage durch junge Familien sollten so schnell wie möglich die beschlossenen Baugebiete umgesetzt werden. Dabei werden wir um verträgliche Verdichtungen i. V. m. mehrgeschossigen Mietgebäuden nicht herumkommen. Hochhäuser mit 8-9 Stockwerken dürfen dabei kein Tabu sein.
Im Interesse einer ausgewogenen Sozialstruktur muss es zwingend auch genügend Bauplätze für Reihenhäuser und Einfamilienhäuser geben.
- c) eine moderate Personalkostenentwicklung in den kommenden Jahren, mit Effizienz und weiteren Prozessoptimierungen, auch bedingt durch die Digitalisierung und des Personalausbaues im IT-Bereich.
Ziel muss es sein, für junge Menschen die Ausbildung bei der Stadtverwaltung attraktiv zu machen, denn nur so kann der Personalbedarf in Zukunft hauptsächlich ausgeglichen werden.

-5-

- d) eine Senkung der Standards auf ein normales Maß, was wir bereits seit Jahren fordern. Dies gilt sowohl für den Hochbau als auch für den Tiefbau und ebenso für den Wohnungsbau, wenn wir vernünftige Mieten unter dem Begriff „Fair wohnen“ erreichen wollen. Die Kostenexplosion bei den Baukosten ist mehr als bedenklich und gefährlich bei einer Verschlechterung der Konjunkturlage.
- e) eine Verschiebung bzw. Entzerrung der Investitionsplanung in den kommenden Jahren ist notwendig. Bedingt durch weitere Großprojekte wie Innenstadtentwicklung und Stadtbahn, aber auch Investitionen bei den Tochtergesellschaften wie Wohnbau und Bädersanierungen bzw. Neubau, Heilbad oder Glasfaserausbau, werden die Schulden im Konzern drastisch zunehmen.
Hinzu kommen die nicht vorhandenen Personalressourcen und die hohen Folgekosten in den kommenden Jahren, die den Ergebnishaushalt durch höhere Abschreibungen belasten. Aufgrund der bereits jetzt beschlossenen und geplanten Investitionen erhöhen sich die Abschreibungen von 21,5 Mio. aus dem Jahr 2017 auf 25,7 Mio. im Jahr 2021. Immerhin 4,2 Mio. die zusätzlich zu einem großen Teil über den Zahlungsmittelüberschuss finanziert werden müssen.
- f) In diesem Zusammenhang haben wir neben der Verschiebung von Investitionen einen Controller beantragt, der sowohl extern oder intern denkbar ist und mit dem Fachbereich Revision Hand in Hand arbeitet, aber auch dem Gemeinderat gegenüber Rede- und Auskunftspflicht hat.
Der Einsatz eines externen Controllers wäre bei Großprojekten sinnvoll und notwendig. Die Prioritätenliste, die sich aus der Übersicht der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen lt. Gemeinderatsklausur v. 14.10.2017 ableiten lässt, müsste im 1. Halbjahr 2018, spätestens zum Haushaltsentwurf 2019 neu überdacht und geplant werden.

Aus zeitlichen Gründen habe ich inhaltlich nicht alle aus unserer Sicht wichtige Dinge ansprechen können und verweise auf unseren Antrag 455/17 zum weiteren Vorgehen der zentralen Innenstadtentwicklung mit einem Innenstadtverkehrskonzept und einer Überdeckung der B 27 verbunden mit der Hoffnung eines Favoritentunnels. Dazu gehört ebenso ein LKW-Lenkungskonzept, der Bau des Nord-Ostringes und die Erweiterung des öffentlichen Verkehrsnetzes mit der Doppelstrategie BRT-Trassen und Niederflurbahn. Auch einem vernünftigen Radwegkonzept in der Weststadt zur Sicherheit der Radfahrer stimmen wir ebenso zu, wie einer Wohnungspolitik zur Schaffung von Sozialwohnungen.

Als Fazit ist festzustellen, dass Ludwigsburg finanziell im Vergleich zu vielen anderen Städten noch gut ausgestattet ist und bedingt durch eine gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat für 2018 eine kaufmännisch vernünftige Ertrags- und Finanzplanung vorgelegt wurde.

-6-

Unsere Anträge sind deshalb überschaubar und hoffentlich zielführend:

- ein externes Controlling für Großprojekte (auf unseren Antrag 471/16 nehmen wir Bezug)
- Senkung der Standards und neue Richtwerte innerhalb des gesetzlichen Rahmens festlegen (s. bereits Antrag 526/15)
ein gemeinsamer Antrag CDU/FW/FDP wird diesbezüglich gestellt.
- Entzerrung der Investitionen im Rahmen des Investitionsplanes 2019-2021 mit einer neuen Zeit-, Kosten- und Projektplanung der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen im Laufe des 1. Halbjahr 2018, spätestens zum Haushaltsentwurf 2019

Am Ende gilt unser Dank dem Fleiß der Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung, die zum großen Teil bis ans Limit arbeiten und mit erheblichen Überstunden belastet sind.

Unser Dank gilt aber auch den unzähligen Ehrenamtlichen, die mit hohem Engagement in vielen Vereinen und sozialen Einrichtungen tätig sind, die es auch geschafft haben zusammen mit der Stadtverwaltung an der Spitze Bürgermeister Konrad Seigfried die Flüchtlingsunterbringung 2017 zu bewältigen und hier zusammen mit dem Gemeinderat und der Bevölkerung auch in der Zukunft zu gemeinsamen Lösungen aufgefordert sind.

Unser Dank an dieser Stelle aber auch an die Verwaltungsspitze mit unserem unermüdlichen Oberbürgermeister Werner Spec, einem ausgleichenden Bürgermeister Konrad Seigfried, dem wir an dieser Stelle gute Genesung wünschen und einem unverbindlich freundlichen Bürgermeister Ilk, die gemeinsam mit hohem Einsatz und Engagement der Stadt Ludwigsburg gedient haben.

Wir hoffen ausgehend von der noch guten Finanzlage in Ludwigsburg, dass wir zusammen in den kommenden Jahren mit gesundem Menschenverstand nicht mehr ausgeben als wir einnehmen und freue mich persönlich auf weitere gute Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Reinhardt Weiss
Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler Ludwigsburg